

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Staatsminister
Thomas Schmidt
Archivstraße 1
01097 Dresden

Ansprechpartnerin: Renate Kunze

Telefon: 0371 6900-1330

E-Mail: Renate.Kunze@chemnitz.ihk.de

21.07.2021

Versorgung mit heimischen Rohstoffen sicherstellen

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

gestiegene Bauaktivitäten und Nutzungskonflikte um Flächen können in Sachsen zu Versorgungsengpässen mit heimischen Rohstoffen wie Sand, Kies oder Festgesteinen führen. Eine Steigerung des Imports von Baurohstoffen aus dem Ausland ist nicht verlässlich planbar und würde aufgrund der hohen Transportkosten zu erheblichem Mehraufwand und entsprechenden Verkehrsemissionen führen. Auch das Recycling von mineralischen Bauabfällen kann den zukünftigen Bedarf der deutschen Industrie sowie anderer Branchen nur teilweise decken. Aus diesen Gründen ist die Erschließung zusätzlicher Rohstofflagerstätten eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und auch in Sachsen.

Der Sicherung von Abbauflächen muss auf der Ebene der Raumordnung mehr Gewicht beigemessen werden, da somit auch ein entscheidender Beitrag geleistet werden kann und sollte, um Nutzungskonflikte zu minimieren. Dann könnten die nachgelagerten Zulassungsverfahren und die Erschließung von Abbaustandorten deutlich vereinfacht und beschleunigt werden.

Oftmals stehen nur wenige Vorkommen für den Abbau tatsächlich zur Verfügung. Ziel muss es sein, Flächen und Standorte für den Rohstoffabbau zu sichern, indem Standorte planerisch definiert und dauerhaft von Nutzungen, die einer Rohstoffgewinnung entgegenstehen könnten, freigehalten werden. Dafür sollten ausdrücklich Vorbehalts- und Vorranggebiete auch für die langfristige Sicherung von Rohstofflagerstätten ausgewiesen werden. Eine vorausschauende Raumordnung sorgt für mehr Planungs- und Rechtssicherheit und vermeidet aufwendige Zielabweichungsverfahren.

Abbautätigkeiten stellen zwar Eingriffe in den Naturhaushalt dar, können jedoch auch Chancen bieten, etwa durch umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen, und damit Grundlage für wertvolle Biotop oder anderweitiger Nutzung darstellen. Es ist gerade Aufgabe der Regionalplanung, Nutzungskonflikten vorzubeugen und diese so auszugestalten, dass den unterschiedlichen Interessen angemessen Rechnung getragen wird.

In unseren Planungsregionen sehen wir hierbei erhebliche Konfliktpotenziale. Beispielhaft sei die Planungsregion Chemnitz genannt. Im Zuge der Erarbeitung des Regionalplans hat sich die IHK als Träger öffentlicher Belange für die Ausweisung von entsprechenden Vorranggebieten für den

Rohstoffabbau und die zukunftsgerichtete Sicherung von Rohstofflagerstätten ausgesprochen und engagiert. Sowohl unsere fachlichen Hinweise als auch die des Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe wurden überwiegend nicht beachtet. Das belegt ein Blick in das Fachkapitel 2.4

Rohstoffsicherung und -gewinnung des momentan erneut in der Öffentlichkeitsbeteiligung befindlichen überarbeiteten Regionalplanentwurfs.

Nach wie vor sehen wir die Sicherung von Rohstoffen für die Bauwirtschaft (Schwerpunkt Sande und Kiese) im Zuge der Erstellung des Regionalplanes für die Region Chemnitz als gefährdet an. Mit Blick auf den derzeitigen Stand der Erarbeitung des Regionalplanes müssen wir davon ausgehen, dass ein Drittel der ausgewiesenen Rohstoffmenge bei Sanden und Kiesen nicht zur Bedarfsdeckung beitragen kann, weil die Eigenschaften dieser Rohstofflagerstätten nicht den qualitativen Anforderungen des Marktes entsprechen. Der Planungsverband nimmt demzufolge Klagen der betroffenen Unternehmen in Kauf.

Den Freistaat Sachsen muss es interessieren, wo wir in Zukunft unsere Baustoffe herbekommen. Die Versorgung unserer Region mit heimischen Rohstoffen ist auf jeden Fall die bessere Option.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, sich gemeinsam mit uns dafür einzusetzen, die langfristige Versorgung heimischer Rohstoffe auszubauen und sicherzustellen.

Eine Alternative wäre es, wenn der Freistaat Sachsen die Rohstoffsicherung auf Landesebene heben würde. Dies wäre möglicherweise ein Weg, dass regionale Befindlichkeiten weniger Auswirkungen hätten und dem Votum der sächsischen Fachbehörden wie dem LfULG ein höherer Stellenwert beigemessen werden wird.

Für ein Gespräch stehen wir selbstverständlich gern zur Verfügung und danken schon heute für Ihr Interesse an dieser Problematik.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Industrie- und Handelskammern im Freistaat Sachsen

Dr. Detlef Hamann
Hauptgeschäftsführer IHK Dresden